

# Europa-Forum der KAS

Hannover, 28. Juni 2011



Grundsatzrede: Dr. Viktor Orbán, Ministerpräsident der Republik Ungarn

Eröffnung: Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP

Einführende Rede: Hermann Dinkla MdL



In Hannover wurde Dr. Viktor Orbán vom Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung, Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP, und dem Landesbeauftragten der Konrad-Adenauer-Stiftung für Niedersachsen, Jörg Jäger, begrüßt.

## Viktor Orbán zieht Bilanz der ungarischen EU-Ratspräsidentschaft

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat im Juni 2011 ein "Europa-Forum" ins Leben gerufen. Mit dieser neuen Veranstaltungsreihe will die KAS einen Beitrag zum offenen Dialog über die Europäische Union zwischen wichtigen Akteuren der Politik und der interessierten Öffentlichkeit in Deutschland leisten.

In diesem Rahmen hat Dr. Viktor Orbán, Ministerpräsident von Ungarn, am 28. Juni 2011 im Rahmen einer Veranstaltung des Bildungswerks der KAS in Hannover eine Bilanz der ungarischen EU-Ratspräsidentschaft gezogen. Wie nahm Ungarn seine Rolle als Vermittler zwischen den unterschiedlichen europäischen Positionen wahr? Welche Schlüsse sind nun aus der Finanzund Wirtschaftskrise zu ziehen?

Zu diesen Fragen hielt Viktor Orbán vor 200 Gästen einen Vortrag mit dem Titel "Die Europäische Ratspräsidentschaft Ungarns: Bilanz und Ausblick". Als größten Erfolg bezeichnete er darin den Abschluss der EU-Beitrittsverhandlungen mit Kroatien. "Das ist eine wichtige Botschaft für den ganzen Westlichen Balkan", so Orbán, der die Integration der Region insgesamt als Zukunftsaufgabe der EU betrachtet. Er betonte, diese liege im europäischen Interesse.

Der Jurist Orbán, 1963 im ungarischen Alcsútdoboz geboren, gehörte 1988 zu den Gründungsmitgliedern des Bundes Junger Demokraten (Fiatal Demokraták Szövetsége, Fidesz). In der westlichen Welt wurde er durch sein Bekenntnis zu einem unabhängigen und demokratischen Ungarn sowie als entschiedener Befürworter der Westintegration seines Landes bekannt. Im Jahr 1989 hielt Orbán während der Umbettungszeremonie für den ehemaligen Premierminister Imre Nagy, Anführer des ungarischen Volksaufstands von 1956, eine vielbeachtete Rede, in der er sich für Demokratie, freie und unabhängige Wahlen, Freizügigkeit sowie den sofortigen Abzug aller sowjetischen Truppen von ungarischem Boden einsetzte. Im Sommer desselben Jahres war er Mitglied des oppositionellen Runden Tisches. Unter Orbáns Vorsitz ab 1993 entwickelte sich Fidesz von einer Jugendbewegung zur Volkspartei.

Nach den Parlamentswahlen 1998 wurde Viktor Orbán zum Ministerpräsidenten gewählt. 2002 wurde er stellvertretender Vorsitzender der Europäischen Volkspartei. Nach dem deutlichen Wahlsieg von Fidesz im Jahr 2010 wählte das ungarische Parlament Viktor Orbán im Mai desselben Jahres zum zweiten Mal zum Ministerpräsidenten.

## Ungarn, ein Kernland Europas

In zwei Tagen, am 30. Juni 2011, endet die ungarische Ratspräsidentschaft, und ich darf Ungarn und besonders Ihnen, Herr Ministerpräsident, schon jetzt sehr herzlich zu den Arbeitsergebnissen gratulieren. Viktor Orbán kenne ich seit fünfzehn Jahren, und wir haben im Präsidium der Europäischen Volkspartei (EVP) in verschiedenen Funktionen freundschaftlich zusammengearbeitet. Dort habe ich ihn als einen überzeugten Europäer kennengelernt, der die Interessen seines Landes vertritt, wie das auch unsere Aufgabe ist.

Wir begrüßen heute den Ministerpräsidenten Ungarns in Hannover, und ich denke an das Jahr 1956, als ein Lehrer des Gymnasiums Carolinum in Osnabrück zu uns Schülern sagte: "Jungs, geht mal nicht zum Jahrmarkt, sondern denkt an die Ungarn, die jetzt durch sowjetische Truppen in ihrem Freiheitswillen unterdrückt werden." Ich bin damals nicht zum Jahrmarkt gegangen, sondern daheim geblieben. Und wenn heute der ungarische Ministerpräsident hier ist, dann ist das geradezu ein Wunder unserer Zeit. Trotz zahlreicher Krisen und Probleme bleibt entscheidend, dass die Völker in der Mitte und im Osten Europas heute in Freiheit leben.

Für mich ist es unvergesslich, dass die Ungarn den Deutschen 1989 geholfen haben, die Grenze und damit später auch das SED-Regime in der DDR zu überwinden, und ich erinnere mich, wie József Szájer, jetzt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Europäischen Volkspartei (EVP), mir in seiner Funktion als Beobachter im Europäischen Parlament einen Stacheldrahtzaun mit einer ungarischen Flagge schenkte. Es war ein Symbol, dass die Grenzen und Minenfelder verschwunden waren und die Europäer ihren gemeinsamen Weg fortsetzen konnten.

Von der Vorgängerregierung musste Viktor Orbán ein schweres Erbe annehmen. Das hat höchste Aufmerksamkeit erfordert. Bereits nach einem halben Jahr hat er zudem die Ratspräsidentschaft übernommen. Desto mehr Respekt und Anerkennung verdienen Viktor Orbán und seine Regierung für ihre Arbeit. Wir hatten, das will ich nicht übergehen, auch kontroverse Diskussionen über das Mediengesetz. Das Gesetz wurde inzwischen korrigiert. Entscheidend bleibt: Ungarn steht zu den europäischen Werten.

Die ungarische Verfassung bestimmt: "Im Interesse der Entfaltung der Freiheit, des Wohles und der Sicherheit der europäischen Völker wirkt Ungarn an der Schaffung der europäischen Einheit mit. Ungarn kann im Interesse einer Beteiligung der Europäischen Union als Mitgliedstaat einzelne verfassungsmäßige Kompetenzen gemeinsam mit den anderen Mitgliedstaaten auf dem Weg über die Institutionen der Europäischen Union ausüben." Anders als beispielsweise in Tschechien, in Großbritannien oder auch in Polen gilt in der ungarischen Verfassung die Grundrechtecharta als Bestandteil des Vertrags von Lissabon. Ich wünsche der ungarischen Verfassung, dass auf ihrem Fundament Ungarn die Entwicklung nimmt, die ihm als einem Kernland Europas zukommt.

Freiheit ist nicht selbstverständlich. Freiheit muss immer wieder errungen werden, und wir müssen darüber sprechen, gerade mit jungen Menschen. Vor wenigen Tagen las ich noch einmal die Rede Viktor Orbáns, die er am 16. Juni 1989 auf dem Heldenplatz in Budapest gehalten hat. Über dreißig Jahre zuvor, am 16. Juni 1958, war Imre Nagy, ein Amtsvorgänger Viktor Orbáns, von den Kommunisten ermordet worden. Und Viktor Orbán, damals Mitte zwanzig, sprach nur wenige Minuten. Aber seine Rede war die vielleicht wichtigste seines Lebens. Die Forderung nach Freiheit, Selbstbestimmung und Pluralität, freie und geheime Wahlen und den Abzug der Roten Armee wurde durch den Rundfunk ins Land übertragen und war in ganz Europa zu hören. Es war ein Signal der Freiheit. Es zeugt von beeindruckend großem Mut, Freiheit in einer kommunistischen Gesellschaft zu fordern. Viktor Orbán hat diesen Mut aufgebracht, und deswegen haben die Bürgerinnen und Bürger in Ungarn ihn zum zweiten Mal zum Ministerpräsidenten gewählt.



### Ungarn brach den ersten Stein aus der Mauer

Die EU-Ratspräsidentschaft in Ungarn fand in einer Phase großer europäischer Herausforderungen statt: Die Reform der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion in Folge der Euro-Krise, die Ausgestaltung des Stabilisierungsmechanismus, das sogenannte Europäische Semester, die künftige strategische Ausrichtung der europäischen Energiepolitik – überschattet von der schrecklichen Reaktor-Katastrophe in Fukushima – und die Reaktion auf die Revolutionen in Nordafrika und die damit verbundenen Flüchtlingsströme sind nur einige Schlagworte. Umso mehr freue ich mich, dass wir heute die Gelegenheit haben, mit Ihnen, sehr verehrter Herr Ministerpräsident Orbán, über diese und weitere für Europa zukunftsweisende Themen ins Gespräch zu kommen.

Das Programm der ungarischen Präsidentschaft trug den Titel "Strong Europe with a Human Touch". Wenn man die aktuellen Nachrichten und Entwicklungen verfolgt, wird besonders deutlich, wie sehr wir ein starkes Europa brauchen. Unsere Bundeskanzlerin hat in ihrer Rede zum Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge betont, dass jedes europäische Land allein zu schwach ist, um große internationale und globale Herausforderungen zu bewältigen.

Deshalb ist gerade jetzt die Stunde der Europäischen Union: Zu zeigen, dass unsere Bürger der europäischen Staatengemeinschaft vertrauen können, dass Europa handlungsfähig ist, dass es schnell und entschlossen zukunftsfeste Entscheidungen trifft. Gerade jetzt ist es aber auch wichtig, darauf hinzuweisen, dass Europa mehr ist als ein Krisenmanager: Europa bietet seinen Menschen einmalige Lebensbedingungen und Entwicklungschancen. Das Zusammenwachsen Europas ist eine der größten Erfolgsgeschichten der letzten hundert Jahre.

Mit der Unterzeichnung der Römischen Verträge wurde 1957 ein Prozess in Gang gesetzt, der das Haus Europa zu dem werden ließ, was wir heute kennen: Eine Europäische Union, in der sich die Bürger frei bewegen und Handel treiben können; eine historisch zusammengewachsene Weltregion, in der Krieg und Feindschaft überwunden wurden und die drängenden Probleme gemeinsam angegangen werden. Europa steht heute für Frieden, Stabilität und Wachstum. Europa bedeutet kulturelle Vielfalt und eine starke Stimme in der Welt.

Zwischen Deutschland und Ungarn besteht seit jeher eine besondere Beziehung und Freundschaft. Wir alle haben nicht vergessen, wie im Sommer 1989 der Eiserne Vorhang an der ungarisch-österreichischen Grenze Risse bekam. Es war ein Meilenstein für den europäischen Einigungsprozess. Der damalige Außenminister Hans-Dietrich Genscher bezeichnete Ungarn zu Recht als das Land, das den ersten Stein aus der Berliner Mauer brach. Dieses historische Ereignis wird unsere beiden Nationen immer miteinander verbinden.

Niedersachsen liegt seit dem Wegfall des Eisernen Vorhangs zwischen Ost und West nicht mehr am Rande, sondern im Herzen Europas. Die großen europäischen Verkehrsachsen von Nord nach Süd und von West nach Ost verlaufen durch unser Bundesland. Nicht nur wegen der zentralen Lage versteht sich Niedersachsen als weltoffenes Land, das großen Wert auf die Pflege internationaler Beziehungen legt, insbesondere zu unseren europäischen Partnern und Freunden. In Zeiten des europäischen Binnenmarktes und der zunehmenden Globalisierung der Märkte arbeiten niedersächsische und ungarische Unternehmen eng und erfolgreich zusammen. Ein reger partnerschaftlicher Aus-



In der Mitte Europas: Auf die veränderte Lage Niedersachsens nach dem Fall des Eisernen Vorhangs verwies Landtagspräsident Hermann Dinkla MdL in seiner Rede.

tausch vollzieht sich aber nicht nur auf wirtschaftlicher Ebene, sondern insbesondere bei der Bildung und Wissenschaft. Die deutsch-ungarischen Beziehungen auf diesem Gebiet haben eine Tradition, die bis ins 15. Jahrhundert zurückgeht. Die Kooperationen der Universitäten Oldenburg, Göttingen, Hannover, Braunschweig, Lüneburg, Osnabrück, Clausthal, Vechta, der Hochschule Emden-Leer, der Jade-Hochschule und der Ostfalia sind ein deutlicher Beleg für die ausgezeichneten und lebendigen Wissenschaftsbeziehungen zwischen Niedersachsen und Ungarn.

Konrad Adenauer hat einmal gesagt: "Die Einheit Europas war ein Traum weniger. Sie wurde eine Hoffnung für viele. Sie ist heute eine Notwendigkeit für alle." Vor wenigen Wochen sind die Präsidentinnen und Präsidenten der Landtage aus Deutschland, Österreich und Südtirol hier bei uns in Wolfsburg zusammengekommen und haben sich mit dem Thema "Starke Länder in einem starken Europa" befasst. In einer gemeinsamen Erklärung haben wir festgehal-

ten, dass die Zusammenarbeit aller Ebenen in Europa, also das Zusammenwirken der Organe der Europäischen Union mit den nationalen und den regionalen Organen, Voraussetzung für ein effizientes, bürgernahes und zielführendes politisches Handeln in der Europäischen Union ist.

Es gilt, die richtige Balance zwischen der Stärkung der EU einerseits und einer Stärkung der Regionen andererseits zu finden. Denn Europas Erfolg ist seine Vielfalt – in vielen Bereichen – und nicht die Uniformität.

## Die Europäische Ratspräsidentschaft Ungarns: Bilanz und Ausblick

Es freut mich sehr, dass ich auf Einladung von Herrn Präsident Pöttering hierher nach Hannover kommen durfte. Uns verbindet eine lange, gemeinsame Geschichte, wofür ich dem Herrn Präsidenten dankbar bin. Nicht nur deshalb, weil die Konrad-Adenauer-Stiftung eine historische Arbeit in Ungarn geleistet hat und auch heute leistet. Zu einem Wahlerfolg ist eine ganze Menge notwendig. Das ist auch in Deutschland so der Fall. Und es mag schon sein, dass gerade nur eine ganz kleine Prise Salz fehlt, damit die Suppe genießbar wird und gelingt. Deshalb ist es leicht möglich, dass zu unserem Wahlerfolg die Mitwirkung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Ungarn unerlässlich war. Sie haben uns stets unerschütterlich und nachhaltig unterstützt. Dank dem lokalen Repräsentanten der KAS in Budapest und auch Dank dem Vorsitzenden der Stiftung.

Aber es geht hier um ein Weiteres. Ich dachte mir immer, dass vieles mit der Mitgliedschaft Ungarns in der Europäischen Union gelöst sein werde. Der erste freigewählte ungarische Ministerpräsident, József Antall, hat dazu etwas gesagt, das sehr leicht zu übernehmen war: "Wenn du ein guter Ungar bist, dann bist du auch ein guter Europäer. Wenn du kein guter Ungar bist, dann kannst du auch kein guter Europäer sein." Bei Begegnungen mit Herrn Pöttering und auch mit Bundeskanzler Helmut Kohl in den Neunzigern stellte es sich für mich heraus, dass es da um noch mehr geht. Und ich habe Herrn Pöttering eine ganze Menge dahingehend zu verdanken, dass er mir zu verstehen gegeben hat, wie wichtig die Tiefe der Europäischen Union ist. Wie wichtig die moralischen und historischen Fragen sind, auf die die richtigen Antworten gegeben werden müssen, eben von der Europäischen Union. Ich werde Ihnen, Herr Präsident, dafür immer dankbar bleiben.

Das dritte, was ich sagen will, ist, dass es ein schönes Gefühl ist, in Deutschland zu Gast zu sein, denn Deutschland und Ungarn verstehen sich nun einmal. Im Laufe der Geschichte waren wir mehrfach verbündet, das waren mal schlechte Dinge, für die wir uns zusammengetan haben, mal waren es gute Din-



ge. Und ich bin Gott dankbar, dass wir nun Zeiten erleben dürfen, in denen Deutsche und Ungarn sich wieder für gute Zwecke verbünden.

Vielleicht kann man das auch als persönliche Glückssache bezeichnen, dass ich jetzt zum zweiten Mal das Amt des ungarischen Ministerpräsidenten bekleide. Von 1998 bis 2002 war ich schon einmal Ministerpräsident. Da war ich natürlich regelmäßig eingeladen bei den Treffen der europäischen Ministerpräsidenten und Regierungschefs. Deshalb habe ich alle Vergleichsmöglichkeiten dahingehend, wie die Europäische Union vor zehn Jahren war und wie sie heute ist. Ich kann Ihnen sagen, der Unterschied ist immens! Vor etwas mehr als zehn Jahren war die Europäische Union optimistisch, strotzte vor Selbstvertrauen, und sie hatte als Gemeinschaft große Pläne. Da war unser Erdteil gerade wiedervereint, es wurde von der Union etwas Historisches geleistet, als die eigene Währung geschaffen wurde. Es wurde weltweit der größte gemeinsame Markt etabliert, und da haben wir nicht über die Zielsetzung gelacht, die heute nur noch als schlechter Witz belächelt wird, dass wir für Europa nämlich für 2010 das Ziel hatten, die wirtschaftlich prosperierendste Region der Welt zu sein. Vor zehn Jahren dachten wir das noch.

Als ich jetzt vom Gipfeltreffen der europäischen Regierungschefs wieder nach Hause kam, da habe ich die Erfahrung mitgebracht, dass die Europäische Union, die ich jetzt erlebt habe, pessimistisch ist, an



Dr. Viktor Orbán trägt sich ins Besucherbuch der Konrad-Adenauer-Stiftung ein. Neben ihm der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP.

Selbstvertrauen verloren hat, eher Angst vor weiteren Erweiterungen hat und als Gemeinschaft grundsätzlich auf Abwehr und Verteidigung ausgerichtet ist. Wie konnte es so weit kommen? Was hat dazu geführt, dass sich im Laufe dieser etwas mehr als zehn Jahre Europa in einem solchen Ausmaß verändert hat?

Ich denke, dass es sich nicht überwiegend um ein politisches Problem handelt. Das Problem ist tiefer gehender, zivilisatorischer Art. Ich bin der Überzeugung, dass hier die Zivilisation durch einige im Prinzip sehr einfache moralische Leitlinien und Grundsätze definiert wird. Die westliche Zivilisation hat das Christentum als grundsätzliche Kodierung und Orientierung. Wenn wir von unseren moralischen Leitlinien und Grundsätzen abgehen, uns davon lösen, wenn wir unser Leben nach anderen Maßstäben ausrichten, dann hat das schwerwiegende Folgen.

Nach dem 11. September 2001 kam es zu einer schier unfassbaren Veränderung weltweit. Es wurde angezweifelt, ob Europäer, ob Menschen im Westen überhaupt noch in Sicherheit leben, im physischen Sinne des Wortes. Zugleich gab es eine Veränderung der Wirtschaftstätigkeit des Westens. Das Jahr 2001 war das letzte Jahr, in dem die Vereinigten Staaten noch ein ausgeglichenes Budget hatten. Als noch vorausschauende, ordentliche Wirtschaftstätigkeit typisch

war für die Länder des Westens. Aber im darauf folgenden Jahr ging es los, Land für Land, auch in meinem Land, in Ungarn. Da sind Schritte unternommen worden, die sich entfernt haben von diesen moralischen Grundlagen ordentlichen, soliden Wirtschaftens. Es folgten sieben scheinbar reiche Jahre, als die Welt voller Geld war, aber diese Staaten haben das nicht genutzt, um Reserven aufzubauen. Sie haben vielmehr über ihre Verhältnisse konsumiert und ihrem vielen Geld zum Trotz noch dazu immense Darlehen aufgenommen. Wir haben nicht gespart, sondern maßlos verbraucht. Wir haben nicht nur Überschüsse aufgebraucht, sondern wir haben uns bis zum Hals verschuldet. Dann kam 2008, der Augenblick, als Lehman Brothers zusammenbrach, und es begann die größte Weltwirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg. Und damit begannen die sieben mageren Jahre im Westen, und wir können vorerst nur hoffen, dass diese mageren Jahre nicht über die sieben biblischen Jahre hinausgehen werden.

Was müsste man in Europa anders machen? Zunächst einmal sollten wir feststellen, dass nicht jede Zivilisation eben diesen Fehler begangen hat, der die Krise des Westens herbeigeführt hat. Ich darf darauf aufmerksam machen, dass es Selbstbetrug und irrefüh-

rend ist, von der weltweiten Wirtschafts- und Finanz-krise zu sprechen. Denn eigentlich ist das nur eine Wirtschafts- und Finanzkrise der westlichen Welt! Der östliche Teil vom Globus steckt in überhaupt keiner Krise. In Asien zum Beispiel ist die Lage völlig anders als in Amerika und in Europa. Es ist sogar soweit gekommen, dass die größte Macht der westlichen Welt derzeit gerade weitgehend von einem östlichen Land finanziert wird. Denn dort, wo Schulden entstehen, da muss es doch immer einen Darlehensgeber geben, und man muss immer darauf schauen, wie es möglich ist, dass ein Land auf einmal als Kreditgeber anderer Länder auftreten kann. Was gibt die Kraft dazu, was verleiht die Fähigkeit dazu, soviel Geld, Kapital anzuhäufen, dass andere Länder mit Krediten versorgt werden können?

Es gibt natürlich Länder, in denen Rohstoffe in einem solchen Ausmaß vorhanden sind, dass allein das den Reichtum gewährleistet. Die Deutschen verfügen über eine starke Willenskraft, und wir Ungarn stehen in dieser Hinsicht auch ganz gut da. Aber wenn wir es auch noch so sehr wollten, Ölfelder unter der Erde werden wir dadurch immer noch nicht haben. Es gibt Länder, die nicht durch Rohstoffe reich sind und in die Position des Kreditgebers kommen, sondern durch etwas anderes.

Die Situation in Asien kann den Europäern in dieser Hinsicht vielfach eine Lehre sein. Die Asiaten sind sehr sparsam, und ihre Wirtschaft stützen sie immer noch auf die Arbeit. Sparsamkeit, also ordentliches Wirtschaften, und die Tatsache, dass Leistung und Arbeit im Zentrum stehen, das sind nach meiner Überzeugung die Eigenschaften, die offensichtlich dafür die Ursache sind, dass andere Zivilisationen dem Westen voraus sind.

Die Ähnlichkeiten zwischen Asien und den dortigen Lösungen auf der einen und Europa und unseren Lösungen auf der anderen Seite, die möchte ich natürlich nicht



allzu sehr in den Vordergrund stellen, denn die europäische Lebensweise kann nicht mit der fernöstlichen verglichen werden. Für das asiatische Wirtschaftssystem bedarf es Menschen aus Asien, und wir kommen nun mal nicht aus Asien. Kulturell kodiert sind wir auf Europa, aber es gilt, Konsequenzen zu ziehen. Wir müssen, wo immer das möglich ist, von anderen lernen, und es muss unseren Politikern deutlich gemacht werden: Wenn die Arbeit, die Produktion nicht wieder ins Zentrum wirtschaftlichen Denkens gerückt wird, wenn wir nur Finanzmanagement, Dienstleistungen und Handel betreiben wollen, dann kommen wir früher oder später immer wieder dorthin, wo Europa gerade angelangt ist.

Ohne Produktion, ohne Produktionskapazitäten können wir keine erfolgreichen Volkswirtschaften haben. Eben deshalb hat sich mein Heimatland das Ziel gesetzt, nach zwanzig Jahren Irrweg, in denen wir die Dienstleistungszentrale, die Handels- und Finanzzentrale Mitteleuropas werden wollten, einen neuen Kurs einzuschlagen und zur Produktionszentrale in Ost- und Mitteleuropa zu werden. Ein Land, in dem es Fabriken gibt, in dem Produktionskapazitäten aufgebaut werden von denen, die die Wirtschaftskraft dazu haben, Investitionen zu tätigen. Das jedenfalls ist die Schlussfolgerung der jetzigen ungarischen Regierung.

Und so ist es für Europa völlig klar, und das war der Leitgedanke der ungarischen Ratspräsidentschaft, dass es in Europa nicht länger zugelassen werden kann, dass die Wirtschaftspolitiken nicht abgestimmt werden. Eben deshalb ist es die erste Empfehlung der ungarischen Ratspräsidentschaft an die Europäische Union gewesen, die Rechtsgrundlage für eine europäische Wirtschaftsregierung zu schaffen. Wir sollten uns vor Spekulanten, vor Hasardeuren auf der Ebene ganzer Nationen und vor fiskalischem Alkoholismus hüten. Wir müssen eindeutig sagen, es ist jetzt die Zeit gekommen, dass unsere gemeinsame Unternehmung in Europa, die Union, nur dann aufrechterhalten werden kann, wenn wir lernen, so viel auszugeben, wie wir einnehmen können, und nur so viele Kredite aufzunehmen, wie wir auch tilgen können. Eben deshalb halte ich es für ein immenses Ergebnis, dass während der ungarischen Präsidentschaft die sechs gesetzlichen Grundlagen geschaffen worden sind, die die Rechtsgrundlagen schaffen für eine Wirtschaftsregierung auf europäischer Ebene. Wir sind nun nicht mehr unvorbereitet im Falle solcher Krisen, wie wir sie gerade erleben in Griechenland. Die Europäische Union ist allmählich dazu fähig, solchen Krisen vorzubeugen, und mit Hilfe einer soliden Abstimmung der Regierungstätigkeiten solche Fallen zu vermeiden.

Die ungarische Präsidentschaft hat es geschafft, die Aufmerksamkeit Europas auf die Achtung wertschöpfender Arbeit und auf die Wichtigkeit der Abstimmung der Wirtschaftspolitiken zu lenken. Als wir im Kreise der Regierungschefs die Einigung über die sechs gesetzlichen Grundlagen für die gemeinsame Wirtschaftstätigkeit zustande gebracht haben, da haben wir uns auch mit dem Europäischen Parlament einigen müssen. Das muss natürlich gemeinsam entschieden werden, und im Europäischen Parlament sind 2029 Änderungsanträge eingereicht worden. Mit Hilfe der Fachstäbe der ungarischen Regierung sind von diesen 2029 Anträgen 2028 gelöst worden! Das geschah in zweieinhalb Monaten. Es gab eine einzige Frage, die übrig geblieben ist. Sie muss noch einer Lösung zugeführt werden, damit diese gemeinsame Entscheidung des Parlaments und des Rates der Regierungschefs endgültig zustande gebracht werden kann. Und ich bin zuversichtlich, dass auch dieser letzte Kompromiss in den nächsten Tagen, spätestens aber in wenigen Wochen erarbeitet werden kann.

Gestatten Sie mir nach all dem einige Worte dazu zu sagen, was es mit dem ersten "Europäischen Semester" auf sich hat. Das erste Europäische Semester, das ist ein Begriff, den sich Menschen, die nicht in Brüssel geboren sind, nicht so leicht, vielleicht aber auch gar nicht vorstellen können. Sie wissen vielleicht, in Brüssel spricht man eine Sprache, die man nur in Brüssel versteht, und so einfache Typen wie ich müssen sich Jahre lang dort aufhalten, um diese Fachsprache zu begreifen. Manchmal kommt freilich der Verdacht auf, dass diese Sprache deshalb so kompliziert ist, um nur ja nicht verstanden zu werden. Aber das geht schon in die Welt der Spekulationen. Nein, nein, das ist natürlich nicht so!

Also, das Europäische Semester ist in Wirklichkeit ein Konzept, das sich von jener Auffassung eindeutig abgrenzt, die in den ersten 15 bis 20 Jahren in der europäischen Wirtschaftspolitik vorgeherrscht hat. In den ersten 15 bis 20 Jahren war es die große Mode, im Stil einer mittelfristigen Planung die Antwort zu geben, der Markt werde schon die Koordination der Wirtschaftsakteure bewerkstelligen. Die Gesetze des Marktes würden, mit kleineren oder größeren Schwankungen, letztlich doch im Sinne des Gemeinwohls zielführende, positive Lösungen ergeben. Das können wir als



die liberale oder neoliberale – ich weiß nicht, ob dies in Deutschland dasselbe bedeutet, was es in Ungarn bedeutet – Denkweise der Marktwirtschaft bezeichnen. Demgegenüber entscheidet jetzt die Europäische Union, die Dinge selbst in die Hand zu nehmen, wenn die nationale Politik nicht die Verantwortung übernimmt, die eigenen Budgets abzustimmen. Wenn sie dafür keine Regularien, Koordinierungen aufbaut, dann werden wir immer wieder Wirtschaftskrisen erleiden müssen.

Eben deshalb herrscht künftig in Europa das System, dass die Eckdaten für das Budget des kommenden Jahres bei der EU eingereicht werden müssen. Für das Jahr 2012 ist dies nun so geschehen. Die Tendenzen müssen ausgewertet werden, für jedes einzelne Land. Die EU muss darauf reagieren, und die Länder werden gebeten, die Empfehlungen aus Brüssel zu berücksichtigen, noch bevor im Herbst die Haushaltsentscheidungen für das kommende Jahr endgültig getroffen werden. Das ist eine nicht im alten Sinn marktorientierte Abstimmung, die derzeit in Europa zustande gekommen ist. Es ist eine wesentliche Abkehr vom bisherigen Denken und Verfahren, und es ist sehr gut möglich, dass dieses neue Verfahren sich bewährt und zukünftig, für die nächsten 15 bis 20 Jahre, vielleicht in diese Richtung geht.

Es ist sicher nicht unbegründet, darauf hinzuweisen, dass eine Erfahrung der ungarischen Gesellschaft darin besteht, dass sich die Länder natürlich nicht in essentielle Wirtschaftsfragen einmischen sollten, die sie ganz sicher nicht besser bewältigen können als die Akteure der Wirtschaft selbst. Aber eine gewisse Koordinierung und eine Planungsverantwortung müssen sie schon übernehmen für die eigenen Volkswirtschaften und damit im Interesse der gesamten europäischen Region.

Gestatten Sie mir, als besonderen Erfolg der ungarischen Ratspräsidentschaft erwähnen zu dürfen, dass die Grundlagen einer neuen gemeinsamen Energiepolitik geschaffen worden sind. Es wurde die politische Entscheidung getroffen, bis 2014 einen europäischen Binnenmarkt für Energie aufzubauen, und bis 2015 müssen die Energieinseln beseitigt werden. Wir haben uns dazu bekannt, dass jedes Land mindestens zwei unabhängig voneinander existierende Bezugsmöglichkeiten haben muss. Das berücksichtigt, dass heute mehrere EU-Mitglieder, auch Ungarn, den eingeschränkten Energiebezugs-, Liefer- und Einkaufsmöglichkeiten gewissermaßen "ausgeliefert" sind. Dazu, dass nach Abschluss dieses Energiegipfels hier bei Ihnen im Land die Entscheidung getroffen wurde, die Kernenergie vom deutschen Markt zu nehmen, bin ich nicht der richtige, um mich zu äußern. Denn die Diskussionen dazu sind hier in Deutschland von Ihnen zu führen.

Ich darf auch erwähnen, dass die ungarische Präsidentschaft auch solche Dinge angepackt hat, die als "heiß" gelten in der europäischen Politik. Das sind "gefährliche" Dinge im geistigen und ideologischen Sinne, und deshalb befasst man sich allgemein nicht damit. Eine solche Frage ist zum Beispiel die nach der europäischen Demografie und damit verbunden nach der Situation der Familien in Europa. Die ungarische Präsidentschaft hat diese Frage thematisiert und ich habe auch eine Sitzung der europäischen Minister der einzelnen Staaten einberufen, die sich mit den Familien und ihrer Situation befasste. Das Ziel bestand darin, eine Art Best-Practice-Handbuch zusammenzustellen, das kennen Sie sicherlich aus der Geschäftswelt, da ist das üblich. Dabei sollten wir darauf schauen, in welchem europäischen Land es welche familienpolitischen Maßnahmen waren, die in der Praxis besonders erfolgreich waren. Ziel sollte sein, einen europäischen Leitfaden zu erarbeiten.

Ich will es eindeutig machen: Es ist das demografische Problem Europas, dass die Gesellschaft immer älter wird, dass immer weniger Kinder geboren werden, und dass wir daher zunächst nicht in der Lage sein werden, unsere Produktionskapazitäten im wirtschaftlichen Sinne aufrechtzuerhalten. Dann werden wir nicht mehr in der Lage sein, genug Rentenabgaben zu zahlen.

Schließlich werden wir nicht mal mehr biologisch fähig sein, unsere eigene Gemeinschaft aufrechtzuerhalten. Das ist das Problem, das sich vor unseren Augen abzeichnet und das lange bekannt ist. Da ist Einwanderung nicht die Lösung. Die ungarische Regierung ist gegen die Politik der massenhaften Einwanderung. Wir sind für eine solche Familienpolitik, die es jungen Menschen ermöglicht, die Hindernisse vor allem in großen Familien, die vielfältig, vor allem aber wirtschaftlich sind, abzubauen, damit die junge Generation in die Lage versetzt wird, unsere Gemeinschaft aufrechtzuerhalten. Wenn wir erkennen, dass auch das noch nicht ausreicht, dann schlagen wir vor, nicht Flüchtlinge und Einwanderer ins Zentrum der Überlegungen zu rücken, sondern unsere Aufmerksamkeit den innereuropäischen Reserven zuzuwenden, und das betrifft die Frage der Romagemeinschaften.

In der Europäischen Union leben Millionen von Roma. In sehr vielen Ländern kämpft man mit dem Problem, dass nur ein Bruchteil dieser Gemeinschaften in den Arbeitsmarkt integriert ist. In Ungarn haben wir daher Überlegungen angestellt, eine so genannte Roma-Strategie auf europäischer Ebene auf den Weg zu bringen, durch die diese innereuropäische "Reserve" von über zehn Millionen Menschen dem Arbeitsmarkt zugeführt werden kann. Und wir sollten sie vor allem unterrichten, ausbilden, wir sollten ihren Weg in Richtung Arbeitsmarkt ebnen und damit die europäische Wirtschaft stärken. Und wir sollten nicht von außerhalb der Grenzen der Union kulturelle Konflikte mit sich bringende andere kulturelle Gemeinschaften in zu großem Ausmaß importieren.

Damit hängt auch zusammen, dass sich während der ungarischen Präsidentschaft etwas ereignet hat, das man in Nordafrika als Arabischen Frühling bezeichnet. Da stellte sich die Frage, ob Europa in der Lage ist, große Volksbewegungen, Massenbewegungen von außen nach Europa hinein zu bewältigen. Haben wir die Möglichkeit, haben wir ein Regelungssystem dafür, wer mit welchem Ziel den europäischen Kontinent betreten darf, um dort auch längerfristig die Aufenthaltsmöglichkeit zu bekommen? Wir mussten feststellen, dass Europa derzeit nicht darauf vorbereitet ist. Probleme dieser Grö-Benordnung zu bewältigen. Es war die Aufgabe der ungarischen Präsidentschaft, Strategien und Konzepte auszuarbeiten, wie wir das Grenzschutzsystem Europas stärken können. Wir mussten offenlegen, dass es im Schengener Vertrag etliche Möglichkeiten für die Mitgliedsstaaten gibt, im Falle so schwieriger Situationen Maßnahmen zu ergreifen. Und wir sind zu dem Konsens gekommen, dass jedes Land die Möglichkeit haben muss, im Falle wirklicher und ernster Schwierigkeiten auch innerhalb des Schengener Raumes die Grenzen zu



Dr. Viktor Orbán und Dr. Hans-Gert Pöttering im Gespräch.

schließen – als ultima ratio, um zunächst den eigenen Bürgern den ihnen zustehenden Schutz zu gewähren. Aber tatsächlich nur dann, wenn alle schon vorangehenden Maßnahmen ausgeschöpft sind. Es ist Rücksicht darauf zu nehmen, dass die Personenfreizügigkeit eine der größten Errungenschaften der Union ist. Und wenn es in den Seelen der Menschen in Europa noch Unterstützung für die Europäische Union gibt – und davon bin ich zutiefst überzeugt – dann ist das in erster Linie dieser besonders greifbaren Errungenschaft zu verdanken: Wenn man eines Morgens aufwacht und es sich leisten kann, in einem anderen Land zu Abend zu essen, dann kann man das auch machen! Keine administrativen, politischen oder Grenzprobleme türmen sich auf dem Weg dorthin auf. Im Alltagsleben ist dies meines Erachtens heute die wohl größte Anziehungskraft in der Europäischen Union. Wenn man davon abginge, dann wäre das ein großer Fehler.

Gestatten Sie mir, auch einige Worte zur Erweiterung zu sagen. Denn der größte ungarische Erfolg im Rahmen der Präsidentschaft kam gerade im Bereich der EU-Erweiterung zustande, und das möchte ich nicht verheimlichen. Ungarn hat nach unwahrscheinlich schwierigen und komplizierten Verhandlungen vielfältige Schwierigkeiten beseitigen und Widerstände überwinden können. Wir haben die Frage des Beitritts von Kroatien so weit bringen können, dass in zwei Tagen, also am letzten Tag der ungarischen Präsidentschaft, die Beitrittsverhandlungen mit Kroatien abgeschlossen sein werden. Ich möchte mich jetzt nicht äußern zu dieser Möglichkeit eines kulturpolitischen Missverständnisses, wonach in Brüssel die kroatische Mitgliedschaft als die Frage der Mitgliedschaft des gesamten Westbalkans aufgefasst werden könnte.

Wenn Kroatien auch nicht Teil des Westlichen Balkans ist, so ist doch der Beitritt des Landes eine sehr wichtige Botschaft für diese Region. Es handelt sich heute um eine unsichere Region Europas ohne Persepektive, wohin es gehen soll. Ohne klare Strategie. Es sei denn, wir, die Mitglieder der Europäischen Union, sind in der Lage, etwas zu skizzieren, das sie in Stand setzt, auf der Grundlage einer Integrationsperspektive langfristig zu planen. Ich bin der Überzeugung, dass das nicht nur unsere politische, sondern auch unsere moralische Verpflichtung ist, und ich bin auch der Überzeugung, dass die Integration des Westlichen Balkans auch im europäischen Interesse ist.

Wir sprechen noch dazu nicht über die Verschiebung der Grenzen nach Osten, denn wenn wir uns die Karte vor



Augen führen, so ist das eine Art Enklave, deren umliegende Staaten Mitglieder von EU oder NATO sind. Wir müssen also die Grenzen nicht verschieben, sondern wir müssen ein Gebiet, das bereits umringt ist, mitgliedschaftsfähig machen und es nicht zuletzt in das europäische Wirtschaftssystem integrieren.

Das ist eine machbare Aufgabe und ich möchte Ihnen signalisieren, dass die historischen Merkmale Ungarns, die Traditionen, die geografische Nähe, die Nachbarschaft Ungarns eigentlich den Auftrag erteilen, auch nach Abschluss der ungarischen Präsidentschaft stetig darauf hinzuwirken und zugleich zu helfen, dass die Länder des Westlichen Balkans nach und nach bei Erbringen der entsprechenden Leistungen und Voraussetzungen der Europäischen Union beitreten können. Dann werden wir die europäische Erweiterung als vollendet bezeichnen können.

Wenn ich es auch gerne würde, ich kann noch nicht sagen, dass die ungarische Präsidentschaft perfekt gewesen ist. Wir gehören auch der christlich-demokratischen Bewegung Europas an, und als "Köpfe" dieser Bewegung wissen wir sehr wohl, dass wir Perfektion zwar anstreben müssen, aber nicht die Chance haben, sie auch zu erreichen. So gesehen, wenn auch die ungarische Präsidentschaft keine perfekte Arbeit geleistet hat, so können wir doch Erfolge verbuchen. Sogar große Erfolge, die Ungarn dabei helfen, das in den früheren Jahren leider angekratzte Ansehen in Europa oder einen Teil davon wiedererlangen zu können. Es gibt hier Ungarn, die vielleicht noch infolge von 1956 hier anwesend sind. Es gibt welche, die später angekommen sind. Und im Falle der Erinnerungen im Zusammenhang mit der Grenzöffnung durch Ungarn 1989 denken sie eher an die glorreichen Momente der ungarischen Geschichte, die auch Herr Präsident Pöttering erwähnt hat.

Aber in den vergangenen Jahren gingen von Ungarn eher weniger glorreiche "Feldzüge" in Europa aus: Datenfälschungen, Lügereien, Irreführung der europäischen Behörden in puncto Budgetfragen. Ich könnte das noch fortsetzen, und man darf auch nicht vergessen, dass Ungarn das erste Land war, in dem der finanzielle Zusammenbruch stattfand. Nicht Griechenland war das erste Land. Gleich 2008, im Herbst, geschah das in Ungarn, noch lange vor dem finanziellen Kollaps in Griechenland. Aber da Ungarn auch damals kein Mitglied der Eurozone war, hatte das keine so große Aufmerksamkeit auf sich gezogen und keine so schwerwiegende, direkte Wirkung auch auf Deutschland entfaltet, wie das mit Griechenland heute der Fall ist. Aber das erste Land, in dem es zum Zusammenbruch kam, das war Ungarn – wegen der damals absolut verantwortungslosen Wirtschafts- und Finanzpolitik. Und die gute Nachricht ist: Das haben wir heute bereits hinter uns, und die Pferde, die in Richtung Abgrund galoppierten, konnten noch im letzten Moment herumgerissen wer-

Ich könnte jetzt viele Anzeichen der Besserung aufzählen, aber im wirtschaftlichen Sektor befinden wir uns immer noch nicht auf der sicheren Seite. Wir sind immer noch in der Gefahrenzone. Ungarn muss immer noch gleichzeitig Krisenmanagement und die Vorbereitung wirtschaftlichen Wachstums betreiben. Summa summarum, im vergangenen Jahr haben wir zu Hause eine solide und gute Arbeit geleistet, und die ungarische Präsidentschaft war eine ebensolche Leistung. Sie hat es uns ermöglicht, die "Schulden", die wir in den vergangenen Jahren gegenüber Europa angehäuft haben, zumindest zum Teil tilgen zu können.

Ich habe keine Zweifel, dass die Polen harte sechs Präsidentschaftsmonate vor sich haben. Es freut mich jedoch, berichten zu können, dass wir jegliche Vorbereitungsarbeit für die Polen gemacht haben, die notwendig ist, damit sie ihre eigenen sechs Monate erfolgreich bewältigen können. Das ist meine gute Nachricht für Sie, die verehrten Zuhörer hier in Hannover.

#### **Impressum**

#### Herausgeber

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Europäische und Internationale Zusammenarbeit Klingelhöferstraße 23 10785 Berlin Telefon: +49 (0)30 26996-0 Telefax: +49 (0)30 26996-3261 redaktion@kas.de

### Konzeption

www.kas.de

Dr. Céline-Agathe Caro Koordinatorin für Europapolitik celine.caro@kas.de

#### Redaktion

Stefan Burgdörfer Koordinator für internationale Publikationen stefan.burgdoerfer@kas.de

### Gestaltung

SWITSCH KommunikationsDesign, Köln workstation GmbH, Bonn

#### **Fotos**

Tobias Fresenius, KAS

Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

© 2011, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

ISBN 978-3-942775-46-5





